



Der rote Faden

Informationsblatt der SPD Elbmarsch

Juni 2009

Europawahl? - Hingehen, wählen!

Am 7. Juni wird zum 7. Mal das Europäische Parlament direkt gewählt. „Brüssel? - Ist doch weit weg!“ hört man oft. Stimmt nur räumlich.

Bernd Lange, 53 Jahre, Theologe und Studienrat in Burgdorf, 1994 bis 2004 Europa-Abgeordneter, jetzt beim DGB Niedersachsen zuständig für Wirtschaft, Umwelt und Europa und SPD-EU-Spitzenkandidat in Niedersachsen.

Weitere Informationen: www.bernd-lange.de



Ansonsten ist Brüssel unheimlich nah. Bernd Lange, niedersächsischer SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl, bringt das auf den Punkt: „Schon morgens beim Zähneputzen kommt man das erste Mal mit europäischer Gesetzgebung in Berührung. Die gute Trinkwasserqualität ohne Blei oder Nitrate beruht auf einem europäischen Gesetz. Viele alltägliche Verbesserungen haben ihren Ursprung in Brüssel: beispielsweise Vorgaben für eine saubere Luft, zwei Jahre Garantiefristen für Konsumgüter, Verbilligung der Handy-Gebühren aus dem Ausland, Sicherheit von Kinderspielzeug, Qualität der Lebensmittel u.v.m. An vielen dieser Gesetzgebungen zur Verbesserungen der Lebensbedingungen und zum Schutz der Umwelt haben SPD-Abgeordnete ganz wesentlich mitgewirkt.“

EU-Politik mit Schlagseite

Dabei kritisiert Lange, der dem Parlament von 1994 bis 2004 schon angehörte, die EU-Mehrheiten: „Die Gesetzgebungen in Brüssel fallen nicht vom Himmel, sondern sind Ergebnis der Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Parlament. Die EU-Politik hat Schlagseite: Konservative und Liberale stellen einseitig die wirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund, wollen allein den

Markt über unsere Zukunft bestimmen lassen und versuchen über die EU unsere sozialen Errungenschaften in Frage zu stellen. Und deshalb kommt es auch sehr darauf an, wie das Europäische Parlament zusammengesetzt ist. Die Europa-Wahlen bestimmen darüber, ob es zukünftig mehr soziale Sicherheit und mehr wirtschaftliche Stabilität vor Ort gibt oder nicht.“

Die SPD möchte die EU-Richtung ändern: Es geht in Zukunft darum, die Arbeitnehmerrechte deutlich zu stärken. Zur Würde aller Menschen gehört, von Arbeit leben zu können, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss gelten.

Mindestlohn von CDU und FDP abgelehnt

Bernd Lange dazu: „Eine Mindestlohn-Initiative für Europa des schwedischen EU-Abgeordneten Jan Anderson ist an Konservativen wie CDU und Liberalen wie FDP gescheitert. Dann hätten wir den Mindestlohn gehabt. Wir brauchen Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen, die überall gelten, damit es kein Lohn- und Sozialdumping gibt. Und wir brauchen mehr Mitbestimmung.

Aber auch im Umwelt- und Verbraucherschutz ist noch Einiges nötig: Lebensmittel und Konsumgüter sollen noch sicherer werden, Elektrogeräte viel stromsparender als bisher, Abfälle müssen vermieden und Rohstoffe wiederverwertet werden.

Für den Klimaschutz brauchen wir mehr Investitionen in regenerative Energien und Energieeffizienz. Dies ist ein wichtiger Motor für die Modernisierung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

„Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hände!“

Alle müssen Zugang zu einer guten Grundversorgung haben und deshalb gehören Sparkassen, Stadtwerke, ÖPNV sowie Wasserversorgung in öffentliche Verantwortung - der private Markt hat versagt, er ist weder billiger noch besser.

Dass es ohne Europa nicht geht, ist angesichts der globalen Finanzkrise noch einmal mehr als deutlich geworden. Wir wollen einen europäischen Finanzmarkt mit klaren Regeln, keinen Kasino-kapitalismus. Und eine gemeinsame europäische Politik zur Förderung von Nachfrage und Beschäftigung.

Die Europawahl ist eine Abstimmung über die Richtung der Politik in der Europäischen Union - ob die Finanzmarktlobbyisten sich durchsetzen oder die Anwälte der Bevölkerungsmehrheiten.

Die Europawahl am 7. Juni 2009 ist eine Richtungswahl! Nur mit einem guten Ergebnis lassen sich sozialdemokratische Forderungen in der EU durchsetzen.

Was Reagan und Thatcher begannen, löffeln wir aus

Eine zerstörerische Ideologie

Vor einem Jahr platzte die Hypothekenblase in den USA: US-Banken hatten jedem und wirklich jedem zu Krediten für den Hauskauf verholfen, der dies wollte. Eine Prüfung der Kreditwürdigkeit, wie bei uns vorgeschrieben und streng kontrolliert, fand in aller Regel nicht statt.

Die Banken, die den ursprünglichen Kredit eingeräumt hatten, hatten ihre Ansprüche an andere Institute weiter verkauft. Diese hatten sie mit Krediten mit höherer Sicherheit gemischt und weiter verkauft. Auch das Weiterverkaufen war zu einer Endloskette geworden, deshalb bleiben auf der Welt nur die kleinen Kreditinstitute verschont, die sich von diesen Geschäften fernhielten.

Als die ersten Hypotheken von den Schuldnern nicht mehr bedient werden konnten und deren Häuser beim Weiterverkauf keinen Abnehmer fanden, flog der ganze Schwindel auf. Und weil diese miesen Kredite in alle Welt verteilt worden waren, konnte kaum noch jemand zwischen wertvollen und wertlosen Papieren unterscheiden, für die sich Banken untereinander Kredit gewähren. Keine Bank traut der anderen, die Zahlungsunfähigkeit schwebt bei vielen drohend über dem Tresor. Deshalb gaben die Notenbanken und Regierungen den Banken Liquidität. Mittlerweile bürgen die Staaten selbst mit irrsinnigen Summen von bis zu einer dreiviertel Billion Euro für die Kasinospiele der Hochfinanz.

Neoliberale Zauberökonomie

Ausgangspunkt dieser Krise ist die neoliberale Wirtschafts-ideologie, die den „freien Kräften des Marktes“ vertraut. Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA, erzkonservative Politiker alle beide, haben mit rigorosen Steuernachlässen für Reiche und Superreiche, Abschaffung von Risikobremsen und Privatisierungen von Volksvermögen den Mechanismus in Gang gesetzt, der nun nach



Margaret Thatcher



Ronald Reagan

30 Jahren und vielen Hochs und Tiefs die Finanzwelt an die Wand gefahren hat. „VooDoo-Ökonomie“ haben Kritiker schon damals dieses Rezept genannt. Der Zauber ist verflogen. In Deutschland führte diese Ideologie mit dem Ende der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt 1982 ihren Siegeszug fort. Der sogenannte „Scheidungsbrief“ des Grafen Lambsdorff, mit dem er die FDP von der SPD

absetzte, war wesentlich mit formuliert von einem Abteilungsleiter namens Tietmeyer - bald Staatssekretär bei Helmut Kohl, später Chef der Bundesbank und dient heute im Ruhestand als Propagandist der sogenannten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“. Diese „neue“ Marktwirtschaft hat soeben abgewirtschaftet.

Sie propagierte den „**schlanken Staat**“ - zum Preis schlechterer Bildung und weniger Investitionen in die Infrastruktur mit Arbeitsplatzverlust.

Privatisierung (wie bei Telekom und Post mit den bekannten verheerenden Ergebnissen) und dem Verlust von 600.000 Jobs wie in nebenstehender Grafik,

Deregulierung des Arbeitsmarktes (erfolgt mit dem Verzicht auf einen menschenwürdigen Mindestlohn)

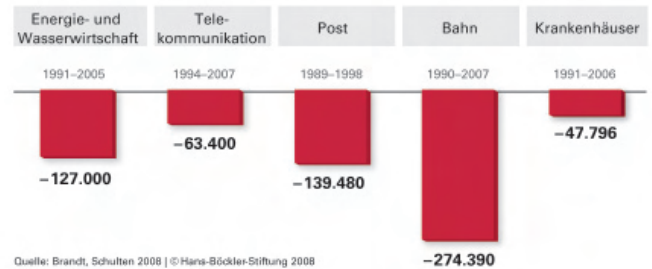
Deregulierung der Finanzmärkte (ist erfolgt mit einer Weltwirtschaftskrise),

Die neoliberale Ideologie propagierte, dass unsere Renten unsicher sind und man möglichst privat vorsorgen sollte, sie wollte große Wohnungsbaugesellschaften mit geliehenem Geld kaufen, um sie mit Hypotheken überziehen zu können, sie propagierte ein Leben auf Pump, weil ihr der Stoff ausging. Die Freiheit wurde durch die

EU-Kommission reduziert auf die Freiheit des Kapitalverkehrs, um große Konzerne wie VW auch noch zu Spielbällen des entfesselten

Privatisierung – negative Jobbilanz

Infolge von Liberalisierung änderte sich die Zahl der Beschäftigten bei ...



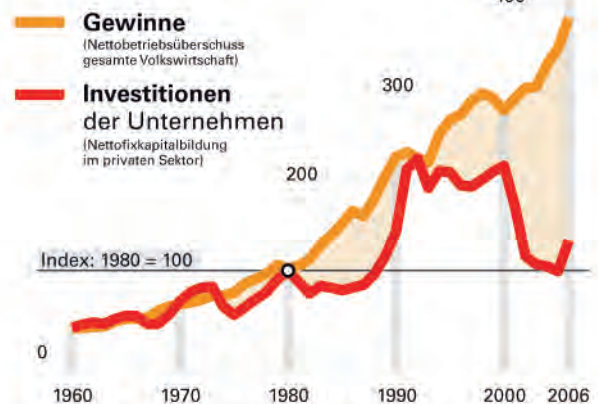
Finanzimperialismus machen zu können.

Der entfesselte Kapitalismus hat sich selbst entleert, der einst verhöhnte und verteuerte Staat dient nun als letzter Rettungsanker der größten Banken der westlichen Welt. Eine Kassiererin verliert für 1,32 Euro ihren Job, die Bosse großer Pleitefirmen prozessieren für Zig-Millionen-Abfindungen, anstatt sich die Welt durch schwedische Gardinen zu betrachten.

Wir Bürger stehen staunend und empört daneben und verstehen die Welt nicht mehr.

Gewinne wurden nicht investiert, sondern verspielt

In Deutschland entwickelten sich die



Doch: Das alles ist nicht von alleine gekommen - dahinter steckt System. Dieses System des absolut freien Marktes und des schwindenden Einflusses der Nationalstaaten und der Politik ist undemokratisch und zerstörerisch. Seine Ideologie strebt die Weltherrschaft an, die Unterwerfung der Völker und Instrumentalisierung ihrer Regierungen, die Aneignung aller Bodenschätze, die Patentierung von Saatgut und des Erbguts von Tieren und letztlich die Ausplünderung der Erde zugunsten einiger Weniger.

Gesucht, gebraucht und in diesem Jahr hoffentlich auch gewählt wird ein gezähmter Kapitalismus, ein geregelter Markt und eine soziale Demokratie.

Initiative unserer Bundestagsabgeordneten: Ökofilme in der Elbmarsch

Monika Griefahn lud zu zwei Vorführungen

Marschacht. Die Grundschule Marschacht hatte eine gute Wahl getroffen, als sie sich für eine Vorführung des Films „Der Fuchs und das Mädchen“ entschieden hatte. Denn: Der französische Kinder- und Jugendfilm wurde jetzt als bester Kinder- und Jugendfilm der Ökofilmtour ausgezeichnet. Zuvor hatte die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn den Film in die Elbmarsch geholt. Alle Kinder der Grundschule trafen sich in der Aula, um den Film, den der Leiter der Ökofilmtour, Ernst-Alfred Müller, präsentierte, anzusehen.

Monika Griefahn ist Jury-Vorsitzende des Filmfestivals, das seinen Schwerpunkt bislang noch in Ostdeutschland hat. Darum war es ihr ein Anliegen, die guten Dokumentar- und Spielfilme, die allesamt umwelt- und naturschutzpolitische sowie sozialkritische Inhalte haben, auch in Westdeutschland bekannter zu machen. „Der Fuchs und das Mädchen“ kam bei den Schülerinnen und Schülern in Marschacht gut an. Der Streifen erzählt poetisch die Geschichte eines jungen Mädchens, das die wilde und geheimnisvolle Natur durch die Augen eines Fuchses kennenlernt. Der Film lässt es die Unterschiede zu Haustieren erleben und weckt auf vielfache Weise Verständnis für wilde Tiere. Eine abenteuerliche Handlung und realistische Naturaufnahmen werden dabei verknüpft.

Am Abend zuvor hatten die Ökofilm-Verantwortlichen und Monika Griefahn zu einer Dokumentation für Erwachsene geladen: „Spielen, spielen, spielen“ hieß der Report über die Onlinesucht zweier Jungen und eines Erwachsenen. Alle drei waren dem Computerspiel „World of Warcraft“ verfallen, einer hatte den Kontakt zu seinen Eltern aufgrund seiner Sucht komplett abgebrochen.

Obwohl nur wenige Elbmarscher der Einladung gefolgt waren, entwickelte sich nach der Vorführung eine angeregte Diskussion unter den Anwesenden. Kein Wunder, denn im Publikum saßen Lehrerinnen und ein Suchtberater – die alle in ihrem Berufsalltag mit der Problematik konfrontiert wurden. „Ich weiß nun endlich, was die Schüler machen, wenn sie mir von ihren Computerspielen erzählen“, sagte eine Lehrerin. Wenn sich am Ende der Diskussion eines zeigte, dann das: Alle gesellschaftlichen Gruppen tragen eine Verantwortung: Eltern müssen sich für das, was ihre Kinder am PC machen, interessieren. Lehrer dürfen nicht damit kokettieren, dass sie von „Computer keine Ahnung haben“. Politiker müssen die richtigen Rahmenbedingungen setzen und Unternehmer, die mit Computerspielen viel Geld verdienen, dürfen sich nicht aus der Verantwortung stellen.

Monika Griefahn, die sich als Medienpolitikerin im Deutschen Bundestag mit dem Thema beschäftigt, erläuterte einige Möglichkeiten, um der Suchtgefahr bestimmter Spiele entgegenzuwirken. „Das Suchtpotenzial ist groß, weil diese Spiele niemals enden. Es gibt immer nur Anreize, weiterzumachen, ein noch höheres Level zu erreichen.“ Ein Ausweg sei, diese Spiele ab einem bestimmten Punkt so zu programmieren, dass es keine weiteren Anreize gibt. „Bei vielen Spielen können Eltern das bereits einrichten“, so die Abgeordnete.

Für sie kommt ein Verbot sogenannter Killerspiele dennoch nicht in Frage. Schon jetzt werde bei der Unterhaltungssoftware-Selbstkontrolle (USK) sorgfältig geprüft, welche Altersfreigabe man den Spielen gebe. Auch überprüfe die Bundesprüfstelle im Rahmen des gesetzlichen Jugendmedienschutzes, ob ein Spiel indiziert werden müsse.

Problematisch sei der Umgang mit Computerspielen im Alltag. Kaufhäuser kontrollierten nicht oft genug, wer welche Spiele erwerbe, und Eltern und Großeltern schauten häufig ebenfalls nicht genau genug auf Altersfreigaben und Empfehlungen. Griefahn setzt darum auf positive Anreize: So ist in diesem Jahr erstmals der Deutsche Computerspielpreis für pädagogisch wertvolle Spiele vergeben worden. Er ist eine Auszeichnung, die auf ein „gutes“ Spiel hinweist, das bedenkenlos gekauft und verschenkt werden kann.



In der Grundschule Marschacht zeigten (v.l.) Monika Griefahn, Samtgemeindebürgermeister Rolf Roth, Schulleiter Axel Kliemann und Ökofilm-Leiter Ernst-Alfred Müller den Kindern den Film „Der Fuchs und das Mädchen“.

Helmut Schmidt über Umfragen

Altbundeskanzler Helmut Schmidt, für viele Norddeutsche immer noch der Inbegriff des guten Politikers, ließ sich bis vor kurzem „auf eine Zigarette“ von Giovanni di Lorenzo befragen.

Ein Dialog aus der „Zeit“ galt dem Wert von Meinungsumfragen:

Frage: Lieber Herr Schmidt, die Politik scheint ja ohne Umfragen nicht mehr auszukommen. War das zu Ihrer Zeit auch so?

Schmidt: Es fing mit Allensbach gerade erst an. Man schaute natürlich auf die sogenannte Sonntagsfrage. Aber inzwischen ist das ja ein eigener Industriezweig geworden - nicht unbedingt eine Bereicherung.

Frage: Was stört Sie?

Schmidt: Die Meinungen des Volkes wird zu allen möglichen Fragen veröffentlicht, und das verführt manche Politiker dazu, sich so zu verhalten, dass sie nach Möglichkeit übereinstimmen mit dem, was die Umfragen herausgefunden haben wollen.

Frage: Trauen Sie denn Umfragen?

Schmidt: Nicht sonderlich. Ich habe in meinem Leben eine ganze Menge Wahlkämpfe mitgefochten, einige unter eigenem Namen, aber nach meiner Erinnerung habe ich dabei nicht auf Meinungsumfragen geschaut.... In Deutschland ist das Ansehen von Umfragen doch eher ramponiert. Bei den letzten beiden Bundestagswahlen lagen sie komplett falsch.

Familienfreundliche Elbmarsch

SPD-Fraktion formuliert Ziele für Bildung, Wohnen und Sport

Die Samtgemeinde Elbmarsch soll weiter zielstrebig in eine familienfreundliche Gemeinde entwickelt werden, in der es sich für alle Generationen lohnt, zu leben.

Diese Festlegung traf die SPD-Samtgemeindefraktion auf ihrer letzten Klausur in der Bildungsstätte in Lüdersburg.

Dazu gehören Bildungs- und Betreuungsangebote von der Krippe über Kindergarten, Grundschule bis hin zu einer Gemeinschaftsschule als KGS in Marschacht, die die Elbmarsch-SPD keineswegs aufgegeben hat. Die Angebote beinhalten ganztägige Öffnungszeiten für berufstätige Eltern und Alleinerziehende sowie alle, die davon Gebrauch machen möchten. Das Ganztagsangebot, das auf Antrag der SPD-Fraktion im September 2007 für alle Kindergärten und Grundschulen in der Elbmarsch eingeführt wurde, funktioniert gut und wird hervorragend angenommen. Dies soll jetzt auch für unter Dreijährige ausgebaut werden, die Arbeit der Tagesmütter und der Frauenbeauftragten, die viel Koordination übernommen hat, würdigt die SPD-Fraktion in diesem Zusammenhang ausdrücklich. Die erste Krippe für unter dreijährige Kinder ist derzeit in Stove im Bau.

Pro KGS Elbmarsch

Völlig unbefriedigend ist dagegen die Situation der Schüler oberhalb der Grundschulen. Wegen der Gesamtschulverweigerung von CDU und FDP auf Landes- und Kreisebene fährt derzeit die Hälfte aller Schüler ab dem 5. Schuljahrgang zum Gymnasium nach Winsen. Abgesehen vom Stress mit der Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre ist damit eine zwei-Klassen-Gesellschaft der jungen Leute angelegt, bedingt durch die räumliche und zeitliche Trennung. „Diese ungerechte Teilung wird die SPD-Fraktion niemals hinnehmen und weiter auf allen Ebenen für eine eigene Gesamtschule in der Elbmarsch kämpfen.“ sagt Fraktionssprecher Uwe Harden

Jugendarbeit spielt seit sieben Jahren eine immer wichtigere Rolle, was sich auch in den Ausgaben spiegelt. Die Fraktion bemängelt, dass sich der Landkreis Harburg immer mehr aus der Bezahlung der Jugendarbeit zurückzieht und diese der Samtgemeinde auferlegt.

Sportgemeinde Elbmarsch

Der Sport spielt für die junge Elbmarsch eine wichtige Rolle, davon zeugen die Sporthallen und Sportanlagen, Sport ist auch für eine älter werdende Gemeinschaft lebens- und gesundheitswichtig.

Die Finanzentwicklung skizzierte Bürgermeister Rolf Roth. Dabei wurde deutlich, dass die freie Spitze der Samtgemeinde immer weiter abnimmt. Gründe sind die seit 1998 kaum gestiegenen Einnahmen – eine Folge der Eingriffe der Landesregierung in den Finanzausgleich – den anderen bilden die steigenden Ausgaben für Jugendarbeit und Nachmittagsbetreuung.

Die Kreditbelastung der Samtgemeinde lag Ende 2008 erstmals seit über fünfzehn Jahren unter 5 Mio. Euro. In den Folgejahren soll

die Verschuldung mit hohen Tilgungsraten deutlich zurückgeführt werden. Damit gewinnt die Samtgemeinde wieder mehr Spielraum.

Investitionen sind vorgesehen für den öffentlichen Busverkehr mit der Buswende in Drage, für den Rathausumbau in mehreren Etappen und die Erweiterung der Grundschulen in Drennhausen und Hunden.



Die SPD-Samtgemeinderatsfraktion in Lüdersburg: v.l.n.r. Uwe Harden, Heinrich-Helge Nickel, Norbert Kloodt, Irmtraud Viertel, Olaf Heuer, Sören Lindenstrauß, Alexandra Groß, Hans-Heinrich Brandt, Eckart Kummer, Otto Stüven, Claus Eckermann, Klaus Stöhr, Simona Ziegler, Rudolf Ladders und Wiebke Rehr. Es fehlt Rainer Zimbrich.

Foto: Rolf Roth

Zu einer familienfreundlichen Gemeinde gehören auch Arbeitsplätze. Deshalb unterstützt die Fraktion die Bemühungen von Bürgermeister Rolf Roth, das Eichholzer Gewerbegebiet mit Arbeitsplätzen zu belegen. Allerdings sollte das anzusiedelnde Gewerbe zur Elbmarsch und der umliegenden landwirtschaftlichen Nutzung passen.

Bausteine für Familienfreundlichkeit

Seit der Durchsetzung des Rechts auf einen Kindergartenplatz 1993 durch die Regierung Gerhard Schröder ist viel geschehen:

Es gibt flächendeckend genügend Vormittagsplätze für die über Dreijährigen, überall in der Elbmarsch die Möglichkeit für Kindergarten- sowie Grundschulkinder, ein Mittagessen zu erhalten, dasselbe für Schüler der Ernst-Reinstorf-Schule im Deichhaus, es gibt flächendeckend Ganztagsplätze seit Herbst 2007 in den Gemeinden Drage und Marschacht und einen kleinen Stau im Kindergarten in Tespe, wo allerdings der pädagogische Mittagstisch die Schulkinder schon etliche Jahre versorgt.

Am meisten wird das Ganztagsangebot in Drennhausen, Hunden und Stove angenommen, wo bis zu 40 Prozent aller Kinder auch nachmittags im Kindergarten bzw. in der Grundschule bleiben.

Ergänzt wird dieses Angebot ab September 2009 durch 15 Krippenplätze für unter Dreijährige in Stove. Marschacht will alsbald folgen.

Profiliertes Europäer

SPD-Spitzenmann geriet mit Berlusconi aneinander

Abgeordnete des Europäischen Parlaments haben es schwer, bekannt zu werden. Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion des EU-Parlaments, brauchte eine Konfrontation mit Silvio Berlusconi, dem skandalumwitterten italienischen Ministerpräsidenten, um schlagartig eine „very important person“, also ein VIP, zu werden. Als Berlusconi am 2. Juli 2003 als italienischer Regierungschef eine Rede vor dem Parlament in Straßburg hielt, warf Schulz ihm vor, die Justiz in Italien zu seinen Gunsten beeinflusst zu haben.

Tatsächlich hatte der von den Finanzbehörden verfolgte Berlusconi mehrere Gesetze allein deswegen ins Parlament gegeben, um einer Verurteilung zu entgehen. Diese wenig demokratische, sondern eher korrupte Verhaltensweise hielt ihm der Abgeordnete Schulz

die EU übertragen, aber das Gewaltenteilungsmodell nicht 1:1 mitübertragen. Eine Entwicklung, die ich seit langer Zeit kritisiere, und die klar macht, dass dem Lissaboner Vertrag weitere Reformrunden folgen müssen.

Frage: Halten Sie die EU für ein modernes, demokratisches System, solange die EU-Kommission sowohl Exekutive als auch alleiniges Initiativrecht der Legislative besitzt - während die Bürger der Mitgliedstaaten wenig Einfluss auf die Zusammensetzung oder Arbeit dieser Instanz besitzen? Geht der Lissaboner Vertrag Ihrer Meinung nach weit genug, dem Wunsch der Bürger nachzukommen, die EU demokratischer zu gestalten?

Martin Schulz: Das Initiativmodell der Kommission kritisiere ich seit langer Zeit. Die Kommission in ihrer heutigen Struktur muss weiter demokratisiert werden. Der Lissaboner Vertrag geht in die richtige Richtung, aber nicht weit genug.

Frage: Warum erhält das Europäische Parlament auch mit dem Vertrag von Lissabon kein Initiativrecht?

Martin Schulz: Das ist eine Frage, die man den Staats- und Regierungschefs stellen muss, die bei der Regierungskonferenz über den Lissabon-Vertrag dieses Recht dem Europäischen Parlament nicht zugestanden haben. Ich nutze diese Gelegenheit um zu wiederholen, was ich jeden Tag sage: Die mächtigste Institution Europas, der Europäische Rat (das ist der Gipfel der 27 Staats- und Regierungschefs) ist ein Organ, das es in den jetzigen Verträgen nicht einmal gibt, sondern erst durch den Lissaboner Vertrag eine eigene Organstellung bekommt. Diese Leute entscheiden viel - fast immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit - und ich und meine Kollegen werden danach gefragt. Deshalb ist die Frage, warum das Europäische Parlament kein Initiativrecht hat, eine Frage, die man z.B. Angela Merkel stellen darf.

Frage: Die CDU hat vor kurzem den Namen Friedrich Merz für die Nachfolge von Günter Verheugen ins Spiel gebracht. Halten Sie den auch für einen nicht ernst zu nehmenden Kandidaten?

Martin Schulz: Ich glaube, die CDU hat keinen Kandidaten. Und wenn Merz der Kandidat wäre, dann wäre es allerdings ein interessantes Verhalten von Angela Merkel. Die einerseits für Europa die soziale Marktwirtschaft befürwortet - als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise - als deutschen Kommissar dann aber den Autor des Buches „Mehr Kapitalismus wagen“, der sich in diesem Buch als unbelehrbarer Marktradikaler entpuppt, in die Kommission schicken möchte. Merz vertritt das Gegenteil von Merkels Thesen, deshalb ist die Nominierung von Friedrich Merz ein Zeichen für die Zerrissenheit der Union.

Allgemeinbildung und Sport

Lehrer zur Klasse: „Nennt mir bitte zwei bekannte Persönlichkeiten, deren Namen mit dem Buchstaben K und M beginnen!“

Schüler: „Kuranyi und Metzelder.“

Lehrer: „Schön, aber die meine ich nicht. Habt Ihr noch nie von Köhler und Merkel gehört?“

Schüler: Die kenne ich nicht. Das können nur Ersatzspieler sein.

ARD und ZDF haben beschlossen, keine Zeitlupenaufnahmen von Bayern München zu übertragen. Grund: Die Mannschaft spielt langsam genug.



Martin Schulz, geboren 1955 in Eschweiler bei Aachen. Nach der Ausbildung zum Buchhändler machte er sich mit einer eigenen Buchhandlung selbständig. Schulz wurde 1987 zum Bürgermeister von Würselen/Nordrhein-Westfalen gewählt. 1994 zog er für die SPD in das Europäische Parlament ein, welchem er seither angehört. Seit 2004 ist Schulz Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Zudem ist er Mitglied im Parteivorstand und im Präsidium der SPD.

entgegen. Darauf hin schoss Berlusconi zurück: Es werde in Italien gerade ein KZ-Film gedreht, darin könne Schulz die Rolle eines „Kapo“ spielen. Europaweite Empörung war die Folge, und Kanzler Schröder sagte einen Italienurlaub daraufhin ab und blieb an der Nordsee.

Der 53-jährige Martin Schulz ist eine der profiliertesten und angesehensten Persönlichkeiten des EU-Parlament. Er fordert mehr Rechte des Parlaments gegenüber dem EU-Rat der Regierungschefs und der Europäischen Kommission ein. Insbesondere sollte das Parlament das Recht erhalten, selbst Gesetze einbringen zu dürfen, das Initiativrecht. Denn immer noch hat die Europäische Union ein gehöriges Demokratiedefizit.

Fragen an Martin Schulz MdEP

Im Tagesschau-Chat stellte sich Martin Schulz am Freitag etlichen Fragen. Die wichtigsten sind nachstehend dokumentiert.

Frage: Kritiker sagen häufig, dass die Gewaltenteilung nicht genügend im Lissaboner Vertrag verankert sei. Wie stehen Sie hierzu?

Martin Schulz: Die Kritiker haben Recht. Das ist eines der großen Probleme, dass die EU-Mitgliedsstaaten Souveränitätsrechte auf

Monika Griefahn für den Bundestag!

Außerordentlich profilierte Abgeordnete muss Wahlkreis direkt gewinnen

Zur Bundestagswahl am 27. September tritt Monika Griefahn zum vierten Mal als SPD-Direktkandidatin im Landkreis Harburg an. Nach 1998, 2002 und 2005 bewirbt sie sich erneut um das Direktmandat, das sie bereits dreimal gewonnen hat. Anders als bei den drei siegreichen Wahlen vorher hat sie keinen sicheren Listenplatz erhalten. Platz 20 ist für Listenplätze so gut wie aussichtslos. Für eine der profiliertesten niedersächsischen Bundestagsabgeordneten ist dieser Platz enttäuschend, ebenso wie für die, die ihre Arbeit seit Jahren

verfolgen.

Offenbar war die Entscheidung, von der Gewissensfreiheit der Abgeordneten Gebrauch zu machen und gegen den Börsengang der Bahn zu stimmen, Anlass für diese Einstufung.

Monika Griefahn trägt's mit Fassung: „Abgeordnete haben Zeitverträge.“ Also braucht sie jede Erststimme, auch von ansonsten Grünen- und Linken-Wählern, die jedoch ihr ausgeprägt ökologisches und soziales Profil zu schätzen wissen und weiter im Bundestag sehen möchten.

Das ist Monika Griefahn:

Monika Griefahn wurde am 3.10.1954 in Mülheim-Ruhr geboren und wuchs dort mit 3 Geschwistern auf. Sie ist verheiratet mit dem Umweltchemiker Prof. Dr. Michael Braungart, den sie bei Greenpeace kennen gelernt hat. Die beiden haben drei Kinder: Jonas (geb. 1988), Nora (1992) und Stella (1995).

Monika Griefahn besuchte 1961 - 1965 die Grundschule Mülheim-Ruhr, 1965 - 1973 das städtische neusprachliche Gymnasium Luisenschule in Mülheim-Ruhr, das sie mit dem Abitur abschloss.

1973 - 1983 absolvierte sie eine Ausbildung beim Deutsch-Französischen Jugendwerk, war Leiterin von Seminaren der Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland und Frankreich für Gewerkschaften, Volkshochschulen und Kirchenorganisationen und ist heute noch viel gefragte Interviewpartnerin des französischen Fernsehens wegen ihrer perfekten Französisch-Kenntnisse.

1973 - 1979 absolvierte sie ein Studium der Sozialwissenschaften und Mathematik an den Universitäten Göttingen und Hamburg mit dem Abschluss Diplom-Soziologin.

1980 - 1982 war sie Bildungsreferentin beim CVJM Hamburg

1980 - 1983 dann bei Greenpeace Deutschland e.V.: Mitbegründerin und Co-Geschäftsführerin; sie führte Kampagnen gegen die chemische Verschmutzung der Nordsee (Dünnsäureverklappung) und andere Formen der chemischen Umweltverschmutzung

1984 - 1990 Greenpeace International: Mitglied des internationalen Vorstands (als erste Frau); Aufbau neuer Büros in Europa, Lateinamerika und in der ehemaligen Sowjetunion; Verantwortlich für Aus- und Fortbildung

1990 - 1998 holte sie Gerhard Schröder als Umweltministerin nach Niedersachsen. Ab 1994 war sie zusätzlich Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Hildesheim

Seit September 1998 ist Monika Griefahn Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis 36 (Soltau-Fallingbomel/ Winsen an der Luhe) (1998 - 2002 nur Landkreis Harburg).

Einladung:

„Europa vor Ort“

Um die Umsetzung von EU-Programmen in der Samtgemeinde Elbmarsch und der Leader-Region „Achter Elbe-Diek“ geht es am Freitag, dem 5. Juni 2009 ab 19.30 Uhr im Marschachter Hof.

Europa-Regional-Manager Ralf Meister, der im Marschachter Rathaus die derzeit laufenden EU-Projekte betreut, berichtet über seine Arbeit. Die Europäische Union legt großen Wert auf eine regionale Zusammenarbeit von Gemeinden, wie sie zwischen Elbmarsch, Winsen, Stelle, Seevetal und Barum vereinbart wurde. Die verwirrenden Begriffe und Zuständigkeiten, deren Sinn und Ziel kann kaum einer besser darlegen als Ralf Meister, der sich seit einigen Monaten hauptamtlich darum kümmert. Da Samtgemeindebürgermeister Rolf Roth Sprecher der Leader-Gruppe ist, wurde das Büro auch in der Samtgemeindeverwaltung angesiedelt.

Impressum

Der rote Faden
Mitteilungsblatt der SPD Elbmarsch
Redaktion
Weidenweg 10, 21436 Marschacht,
Redaktion: Uwe Harden, Erich Ziegler (verantw.)

Zur Europawahl am 7. Juni 2009:



Liebe Mitbürger, liebe Mitbürgerinnen!

Am 7. Juni wird das Europäische Parlament gewählt.

Wichtig für uns ist ein soziales und ökologisches Europa. Mit **Bernd Lange** haben wir einen Kandidaten für das Europaparlament, der sich seit vielen Jahren für Arbeitnehmerrechte, für umweltfreundliche Mobilität und die Verbesserung der Luftqualität in Europa einsetzt.

Die Kandidaten der SPD für das Europäische Parlament stehen für sozialdemokratische Europapolitik:

- für ein freies, gerechtes und demokratisches Europa
- für Solidarität und eine starke Gemeinschaft
- für Stabilität durch eine Reform der Finanzmärkte
- für gute Arbeit, gegen Lohn-Dumping
- für den Erhalt der sozialstaatlichen Traditionen
- für die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten
- für die Förderung erneuerbarer Energien

Bitte gehen Sie zur Europawahl!

Ich selbst kandidiere am 27. September 2009 für den Deutschen Bundestag und bitte dann um Ihr Vertrauen.

Monika Griefahn
Bundestagsabgeordnete der SPD



Mehr Informationen:
www.monika-griefahn.de www.bernd-lange.de

V.i.S.d.P.: SPD UH UH Harburg, Steinbecker Str. 24, 21244 Buchholz

Elbmarsch-SPD wählte neu

Erich Ziegler bleibt Vorsitzender - ergänzt durch neue Gesichter

Mittelpunkt der diesjährigen Jahreshauptversammlung bei der Elbmarsch-SPD waren die turnusmäßigen Vorstandswahlen. Die SPD zeigte sich mit der Arbeit des Vorstandes in den letzten zwei Jahren sehr zufrieden und bestätigte die bisherigen Amtsinhaber weitgehend in ihren Funktionen. Lediglich kleinere Umbesetzungen und Ergänzungen waren das Ergebnis der Wahlen.



Der neue Vorstand: Dieter Pasche, Uwe Harden, Erich Ziegler Mareike Maak, Silke Fritzsche-Maak, Inge Sievers (erste Reihe von links) Andreas Rönner, Holger Kloft, Hermann Scharping, der Marschachter Bürgermeister Claus Eckermann (zweite Reihe von links)

Vorsitzender der Elbmarsch-SPD bleibt Erich Ziegler aus Marschacht. Ebenfalls bestätigt wurden in ihren Ämtern als stellvertretende Vorsitzende Ingo Meier (Marschacht) und Hermann Scharping (Tespe). Neu in diese Funktion wurde Uwe Harden (Drage) gewählt. Er löst Lothar Pfennigstorf ab, der diese Funktion aufgrund seiner beruflichen Belastung abgibt.

Weiterhin bestätigt in ihren Vorstandsämtern wurden Inge Sievers (Marschacht) als Schriftführerin, Silke Fritzsche-Maak (Drage) als Finanzbeauftragte, Andreas Rönner (Tespe) als Medienbeauftragter

und Frithjof Brandt (Tespe) als Beisitzer. Ergänzt wird der Vorstand um die neuen Beisitzer Holger Kloft (Marschacht), Mareike Maak (Drage), Ralf Kowalski (Drage) und Dieter Pasche (Tespe).

Besonders bemerkenswert ist, dass alle Vorstandsmitglieder einstimmig in ihren Ämtern bestätigt bzw. neu gewählt worden sind. Erich Ziegler sieht in der Geschlossenheit eine besondere Stärke der

Elbmarsch-SPD, die den Funktionsträgern auch den nötigen Rückhalt sichert. Gleichzeitig ist mit der Kombination aus bewährten Kräften und neuen Vorstandsmitgliedern eine Mischung gelungen, die weiterhin eine erfolgreiche Arbeit des Vorstandes gewährleistet.

In seinem Rechenschaftsbericht stellte Erich Ziegler als Schwerpunkte der Arbeit im letzten Jahr die Ausrichtung des Sommerfestes und den erfolgreichen Neujahrsempfang 2009 mit dem prominenten Gastredner Ralf Stegner heraus. Die Arbeit des Vorstandes in diesem Jahr steht ganz im Zeichen der Kampagnen für die Europawahl im Juni und für Bundestagswahl im September. Hier gilt es Präsenz zu zeigen, um ein erfolgreiches Abschneiden bei den Wahlen sicher zu stellen.

Als weiteres Thema wurde die aktuelle Schulsituation im Landkreis Harburg erörtert. Hier zeigte sich die Versammlung sehr enttäuscht über das Ergebnis der Bedarfsabfrage zur Einrichtung einer (kooperativen) Gesamtschule in der Samtgemeinde Elbmarsch. Insbesondere die ministeriellen Vorgaben und die Vorgehens-

weise des Schulträgers sorgten für erhebliche Verärgerung bei den anwesenden Mitgliedern. Hier wird sicherlich auch weiterhin ein Arbeitsschwerpunkt für die Elbmarsch-SPD bestehen.

Abgeschlossen wurde die Jahreshauptversammlung mit der Wahl der Delegierten zum bevorstehenden Unterbezirksparteitag der SPD im Landkreis Harburg. Für die dort ebenfalls anstehenden Vorstandswahlen schlug die Versammlung einstimmig die Kreistagsabgeordnete Sabine Brosowski (Marschacht) für den Unterbezirksvorstand vor, sie wurde Ende April mit gutem Stimmenergebnis gewählt.

KGS: Nicht aufgeben - aber deutliche Wahl-Signale senden

Mit über 80 Prozent haben sich die durch den Landkreis Harburg befragten Eltern für die Einrichtung einer Kooperativen Gesamtschule in der Elbmarsch ausgesprochen. Das war sicherlich weniger eine Abstimmung über eine Schulform - sondern eine Abstimmung über die Schulweglänge und ein Protest gegen das Turboabitur nach 12 Jahren, mit dem die Schüler auf dem Gymnasium jetzt geplagt werden.

Wahlergebnisse von über 80 Prozent pflegen Politiker als absolute Zustimmung zu werten - nicht so im Landkreis Harburg. Das Ergebnis der Umfrage wird von den Kreistags-Mehrheits-Parteien CDU und FDP so gut wie gar nicht zur Kenntnis genommen. Zunächst möchte man eine Gesamtschule in Buchholz oder Jesteburg einrichten und die darin gewonnenen Erfahrungen später - wann ist das?

- für weitere Entscheidungen nutzen. Mit anderen Worten: CDU und FDP (auf Kreisebene, anders als in der Elbmarsch) ist das Befragungsergebnis egal, weil es sich nicht bei einem Wahlergebnis ausdrückt. Ihnen geht das Schulerleben der jungen Elbmarscher weit vorbei. Was gäbe es für eine passendere Antwort als eine Quittung bei der Europawahl?

Zum einen steht mit Kristian Tangermann der CDU-Scharfmacher gegen Gesamtschulen als Europakandidat auf dem Wahlzettel, so dass ein richtig schlechtes CDU-Ergebnis vielleicht wenigstens bei ihm als Anregung zum Nachdenken wirken könnte, zum anderen muss natürlich die FDP merken, dass man in Koalitionen nicht jeden Blödsinn mitmachen muss, den der größere Partner will. Nur Pöstchen bekleiden, reicht nicht aus.

Die Europawahl - eine Richtungsentscheidung



SPD

Für ein soziales und gerechtes Europa mit sozialen Mindeststandards und starken Arbeitnehmerrechten.

Für den Vorrang sozialer Grundrechte vor den wirtschaftlichen Freiheiten im europäischen Binnenmarkt.

Für existenzsichernde Mindestlöhne in ganz Europa - gegen Lohndumping!

Für den Aufbau einer neuen politischen Ordnung für die Finanzmärkte.

**Gegen ein „Weiter so“:
Nach der Krise darf nicht vor der nächsten Krise sein.**

Für einen starken Klimaschutz und den Ausbau erneuerbarer Energien. Gegen Atomkraft!

**Für eine starke gemeinsame Antwort Europas auf die Wirtschafts- und Finanzkrise.
Klare Linie. Klares Programm.
Für Europa: stark und sozial!
Starke Führung. Starker Spitzenkandidat mit Martin Schulz, der auch SPD-Kandidat für den nächsten deutschen EU-Kommissar ist.**

Die Europa-Partei Deutschlands.

CDU/CSU

Das soziale Europa findet bei CDU/CSU nicht statt - weder in der Programmatik noch im politischen Handeln.

**Für den Vorrang von Marktfreiheit und Deregulierung vor den sozialen Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
Gegen Mindestlöhne in Deutschland und Europa!**

Schöne Worte, aber wenig Taten! CDU/CSU stehen auf der Bremse: bei der weitreichenden Begrenzung von Managergehältern oder beim Austrocknen von Steueroasen.

**Für den Bau neuer Atomkraftwerke!
Zurück in die energiepolitische Steinzeit!**

**Zögern. Zaudern. Warten.
Kein Kompass in der Krise.
Kein gemeinsames Programm von CDU und CSU. Kein Konsens in europapolitischen Grundsatzfragen: CSU aus populistischen Gründen für EU-Volksabstimmungen, die CDU dagegen. Die CDU ist für eine europäische Verfassung, die CSU dagegen.**